

Die „Volkskraft“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntagen und ist durch die
Expedition, Neue Wapenstraße, 2/3
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.,
pro Woche 20 Pf.,
Bezugsbedingungen Nr. 7184.

Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Inseratensätze
beträgt für die einseitige
Veröffentlichung ober deren Raum
20 Pfennige, für zweifache und
Veranstaltungsbillets
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Nr. 15.

Dienstag, den 19. Januar 1897.

8. Jahrgang.

Wie bekämpft man die Socialdemokratie?

Es ist ein lustiges Schauspiel, wie sich unsere Gegner darüber herumzanken, auf welche Weise man mit der Socialdemokratie fertig werde. Mit Wig und Sachkenntnis weiß jeder klar nachzuweisen, daß das Mittel der anderen nichts taugt, — woraus wir die logische Schlussfolgerung ziehen, daß alle zusammen unsere Fortschritte nicht hemmen können, was ja auch die Erfahrung zeigt.

Diesmal zieht die „Kreuzzeitung“ das Ergebnis der geistigen Bekämpfung der Socialdemokratie Sie verfaßt in Reminiscenzen und schreibt nun Folgendes:

„Wer sich in die Zeiten zurückversetzt, in denen noch das Gesetz gegen die Socialdemokratie in Kraft war, der erinnert sich gewiß einer Prophezeiung, die damals in fortgeschrittenen Blättern ... oft mit dem Brusttone der Ueberzeugung verhandelt wurde. Immer und immer wieder wurde von dieser Seite darauf hingewiesen, daß die Bekämpfung der Socialdemokratie während eines Ausnahmezustandes unmöglich wäre, da deren Presse mundtot gemacht sei. Würde aber erst das Gesetz fallen, dann — so meinten die Herren von der äußersten Linken — wäre damit auch die Möglichkeit gegeben, durch Discussion mit den socialdemokratischen Blättern die Unrichtigkeit ihrer Anschauungen nachzuweisen und so sie eines Besseren zu belehren. Jetzt sind verschiedene Jahre in das Land gegangen, seit jenes Gesetz aufgehoben wurde, aber von der angeführten Behauptung des politischen Gegners ist es in den liberalen Blättern ganz still geworden. Wenn jetzt von freisinniger Seite eine Versammlung einberufen wird, so hält man ängstlich die socialdemokratischen Elemente fern, obgleich es doch eigentlich einen Mann wie Eugen Richter bei seinem Können und Wissen und bei einem Redeflug eine Kleinigkeit sein müßte, die Gegner in Scharen zu belehren und sie seiner so arg zusammengekauerten Partei zuzuführen, die einen solchen Zufluß ohne Frage brauchen könnte.“

Die „Kreuzzeitung“ zieht nun daraus den allgemeinen Schluß: in Punkte der Ueberzeugung kann man es mit der Socialdemokratie nicht aufnehmen. Bismarck, meint sie, ist doch gewiß ein großer Mann, — „hat aber wohl selbst ein Bismarck durch seine Reden einen einzigen Socialdemokraten eines Besseren belehrt?“ Ja, ja, das stimmt!

Die „Kreuzzeitung“ führt viele Gründe an, weshalb man bürgerlicherseits die Arbeiter nicht belehren könne, den einzig richtigen aber, daß man einem Hungrigen nicht durch logische Kunststücke weis machen kann, er sei satt — diesen Grund kennt die Gutsite nicht. Für sie kommt es dabei nur auf den Unerstand, den Unwillen und die ungenügende Bildung der Arbeiter an. Wir brauchen diese Beweisführung nicht erst theoretisch zu widerlegen, weil die Thatfachen selbst ihr ins Gesicht schlagen.

Einmal wird der Kampf zwischen Socialismus und bürgerlicher Wissenschaft nicht bloß in Volksversammlungen geführt. Unsere wissenschaftlichen Werke stehen aber fest wie ein Granitfels, und die gesammte bürgerliche Gelehrsamkeit der Welt hat während eines halben Jahrhunderts trotz des eifrigsten Bestrebens, weil ja der höchste Lohn dem winkt, wenn es gelingt, daran nichts zu rütteln vermocht.

Und dann, woher kommt es denn, daß, wie die „Kreuzzeitung“ selbst schon öfters bitter geklagt hat, auch bürgerliche Gelehrte ihrer Klasse adtrümmig und socialistisch werden? Das sind doch keine Arbeiter, da fällt von vornherein die ganze Argumentation der „Kreuzzeitung“ weg, und doch lassen sich diese Leute, Blut vom Blute und Bein vom Beine des Bürgerthums, von dem Capitalismus nicht, wohl aber vom Socialismus belehren.

Ferner, wenn man die angeführten Gründe vielleicht noch hinzugeben lassen könnte, um zu erklären, warum Bürgerliche sich nicht in socialdemokratische Versammlungen hineinwagen, so erklären sie doch keineswegs, warum man Socialdemokraten in die Versammlungen der bürgerlichen Parteien nicht hineinläßt, sie erklären nicht, warum das Bürgerthum seine bereits gewonnene Anhängerschaft an die Socialdemokratie verliert, warum es der Socialdemokratie wohl gelingt, andere Parteigänger „eines Besseren zu belehren“, es aber dem Bürgerthum, von den Conservativen und bis zur linken Demokratie nicht gelingt, der Socialdemokratie die Arbeiter absperrig zu machen. Wir fürchten uns nicht, in die gegnerischen Versammlungen zu gehen, und selbst, wo man uns zuerst auf das Schändlichste verleumdete und die Bevölkerung gegen uns aufgereizt hat, selbst dort gelangt es uns, die wir doch bei der Agitation über kein anderes Machtmittel verfügen, als eben die „Belehrung“, das arbeitende Volk, für uns gewinnen. Woran liegt das? Das liegt darin, daß wir die Wahrheit sagen. Wir brauchen nicht erst lange nach Gründen zu suchen, wir zeigen: seht, so liegen die Dinge, — und Jeder sieht's ein, weil es Jeder vor seinen Augen hat, Jeder an seinem eigenen Leibe erfahren hat. Unsere Gründe brauchen nicht herausgetastet werden, sie sind lebendig: sie fahren hier in Equipagen und trinken Champagner, und sie plagen sich dort am Schraubstock den Tag lang ab und wissen des Abends nicht, wo sie das Brot hernehmen sollen für Weib und Kinder. Das sind unsere Gründe. Man kann sie nicht nicht widerlegen, man muß sie beseitigen.

Für die „Kreuzzeitung“ freilich ergibt sich aus ihren Betrachtungen nur eins: Ausnahmezustand. Man will der Noth einen Knebel in den Mund stecken, um ihr Schreien zu ersticken. Wird sie dadurch gelinder? Aber, wie ist es denn, hatten wir denn nicht schon so was wie ein Ausnahmezustand? Welche Erfahrungen wurden denn da gemacht? Hoffentlich wartet jetzt die freisinnige Presse den Conservativen mit ihren Erinnerungen auf!

Politische Rundschau.

— Vereinsgesetz und Gerichtspraxis. Die „Post“ theilt jetzt mit, die angekündigten Vorschläge zur Verschärfung des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes werden noch nicht so bald kommen, weil man glaube, mit einer verschärften Auslegung der bestehenden Vorschriften auszukommen. Das Obergericht neigt sich der Entscheidung zu, wonach die Gesetze so gehandhabt werden dürfen, daß der Ueberwachungsdienst der Polizei nicht verhindert werde. Das heißt, das Obergericht wolle, nach der „Post“, sich der preussisch-polizeilichen Auslegung des Versammlungsrechts anpassen. Allerdings, wenn die Gesetze so ausgelegt werden, wie die Polizei es haben will, dann braucht die Polizei keine neuen Gesetze! Vielleicht aber wäre es dann am zweckmäßigsten, einfach zu decretiren, Polizeivorschriften stehen über Staatsgesetzen!

— Marine und Artillerie. Wir haben schon längst die Vermuthung ausgesprochen, die Regierung sei deshalb diesmal mit den Marineforderungen etwas bescheidener, als erwartet wurde, aufgetreten, weil sie bereits daran dachte, gleichzeitig mit Artillerieforderungen aufzutreten. Dies wird jetzt von den, bekanntlich öfters

officiös berichteten „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestätigt. So haben wir denn zu gewärtigen, daß, wenn die Artillerieforderungen einmal unter Dach und Fach gebracht werden, dann erst die großen Marineforderungen kommen werden.

— Daß die Reform des Postzeitungstaxifs durch Verschulden der Reichspostverwaltung verschleppt sei, bestreitet entschieden die „Nordd. Allg. Ztg.“, indem sie andeutet, daß der Grund der Verzögerung im Widerstand der Finanzverwaltung zu suchen sei. Aber schon im Februar 1896 hatte Schatzsecretär Graf Posadowsky sein Einvernehmen mit Herrn von Stephan bekundet, während Letzterer noch sich zu der Frage sehr unwirksam äußerte. Jetzt erst schreibt man dazu, die Ansicht der Postverwaltung von Bayern und Württemberg einzuholen. Wo ist denn in der langen Zwischenzeit die ganze Sache geblieben?

— Der conservative Abg. Ring hat dem preussischen Abgeordnetenhaus einen mit zahlreichen Unterschriften aus den Reihen der Conservativen, Freiconservativen, Nationalliberalen und des Centrums versehenen Antrag eingereicht, worin die Regierung ersucht wird, das über die See- und Landquarantänen eingehende ausländische Vieh einer vierwöchentlichen Quarantänezeit und einer Tuberkulinsprobe zu unterwerfen, die Einfuhr russischer Geflügels und russischer Schweine zu untersagen und laut Artikel 6 der Viehseuchenconvention mit Oesterreich-Ungarn sofort zeitweise Sperre gegen die Rindvieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn anzuordnen.

Die agrarischen Brotpreventer, die mit ihrem Antrage Rang im Reiche kein Glück haben, wollen jetzt wenigstens in Preußen das Fleisch vertheuern. Die Regierung wird ihnen diesen Gefallen wohl kaum thun.

Dresden, 17. Januar. In der Krisis zwischen dem Ministerium und Landtag ist eine Lösung zu erwarten. Zum 1. October soll ein außerordentlicher Landtag einberufen werden, dem Veränderungen im Ministerium vorgelegt werden, die den Forderungen des Landtages bezüglich der Eisenbahnverwaltung entsprechen.

— Eingegangen ist wieder eine antisemitische Zeitschrift, „Das zwanzigste Jahrhundert“. Der Verleger theilt mit, daß er nach beträchtlichen Opfern sich entschließen mußte, das fernere Erscheinen der deutsch-nationalen Monatschrift „Das zwanzigste Jahrhundert“ einzustellen.

— Gegen die Anstellung von Militär-anwärtern wird nun auch im Elsaß Front gemacht. Der Gemeinderath von Mülhausen beschloß, auf einen socialdemokratischen Antrag hin, an den Bundesrath eine Resolution zu richten, worin gegen die Anstellung von Militär-anwärtern im Gemeindedienst protestirt wird.

Belgien.

Er will nicht abdanken, der biedere König der Belgier, so läßt er durch seinen Gesandten in Paris energisch erklären. In der Presse waren nämlich verschiedentlich Gerüchte verzeichnet worden, daß der wackere „Landesvater“, dessen Theilnahme an zum Himmel sinkenden faulen Gründungen und an Spielbanken die Monarchie um den

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.
Von Josef Ruederer.

Als er sich wieder emporrichtete und nach den schmerzenden Knien griff, fluchte er wüthend zum Himmel hinauf und schimpfte gotteslästerlich.

Erst nach und nach beruhigte er sich und dachte an den Heimweg. Langsam stellten sich auch wieder freundlichere Gedanken ein, Rathis runde Formen tauchten vor ihm auf und er murmelte, während er in die tiefe Nacht hinausschritt: „A sauber's Madel, a bildsauber's Madel!“

Von der Bahnhofsstation, wo ein langer Zug hielt und die Maschine dampfend verstaubte, rollten auf der staubigen Straße die gefüllten Wagniswagen nach Mariakirchen hinein. Schwerfällig polterten die buntangefrachten Kisten mit den dünnen Werten zwischen den eleganten Willen und den Bauernhäusern des großen Marktes ihren Zielen zu. Hinter ihnen jagten Einwäner und vornehme Equipagen daher und ein Schwarm von Touristen zog durch die Straßen, wo in den aufgestellten Läden allerlei Obst, Specereien, Photographien und andere Waaren für die Fremden feilgehalten wurden.

Das größte Gebäude entsfaltete sich auf dem weiten Hauptplatze, der einen freien Ausblick auf tiefgrüne Waldberge bot. In seiner Mitte thronte eine frisch vergoldete Marienstatue zwischen schmiedeeisernen Laternen mit rothen Gläsern auf hohen Granitsockeln. Alte Kastanienbäume säumten den Platz ein, der neben statlichen, neuen Gebäuden auch ein wunderliches, altes Haus mit hohen Giebeln aufwies, das mit seiner Bauart an längst vergangene Zeiten gemahnte. Aus dem grauen Vorhang sahen die kalten Fenster, die von weißem

Kalkstreifen umrandet waren, wie verliebte Augen einer alten Jungfer hervor und über der schweren eigenen Eingangstür hing ein buntes Wappenschild, das die Ueberschrift trug:

Bezirksamt Mariakirchen.

Dem jospigen Aeußeren des sonderbaren Hauses entsprachen die inneren Räume. Im Erdgeschos, wo sich die Amtlocalitäten befanden, führten von dem Vorplatz aus, der nur Licht bekam, wenn das Thor geöffnet wurde, drei niedere Thüren nach verschiedenen Seiten und zu der ersten wies ein an die Wand gemalter schnurgerader Pfeil.

In dieser Stube saßen an breiten Tischen zwei Leute, ein Offiziant und ein Registrator, wie sie mit ihren officiellen Titeln hießen. Beide tauchten eifrig die Federn in die großen, bleiernen Tintenfassern und schrieben.

Die Thüre zum Nebenzimmer stand offen und von der blautapezierten Wand blickte das Bild des regierenden Landesherren über ein freistehendes Pult in die Kanzlei heraus. An dem Pulte saß ein junger Mann, der in das Studium herumgestrauter Actenstücke vertieft schien. — Jetzt sah er auf, da die große Wanduhr geschlagen hatte, und blickte zu den Schreibern. „Grosch!“ rief er kurz und befehlend.

Der Registrator, ein Mensch mit bleichem, bartlosem Gesichte und stählerner Brille, erschien in dem Bureau.

„Herr Bezirksamtsassessor?“

„Bis elf Uhr sind die Leute bestellt?“

„Bis elf Uhr, Herr Bezirksamtsassessor, und zwar der Lehrer Gattl, der Förster Goppert, der —“

„Ja, ja, ich weiß. Sollte auch der Herr Beneficiat Kleiser noch kommen, worum ich ihn gestern noch besonders gebeten habe, so führen Sie ihn gleich zu mir herein.“

„Jawohl, Herr Bezirksamtsassessor.“

„Und jetzt schließen Sie die Thüre zu!“

Sobald der Assessor allein war, erhob er sich von dem bequemen Hochstuhl und durchmaß die geräumige Stube. Hier herrschte sonst der Bezirksamtsmann, dessen Vertretung er auf mehrere Tage übernommen hatte, da der Vorgesetzte in Urlaub war. Der junge Beamte schien es mit dieser Pflicht sehr genau und wichtig zu nehmen. Er ging in ersten Gedanken herum und schlug sich mit einem Bleistift an die längliche Nase. Endlich blieb er zwischen den beiden Fenstern des Zimmers stehen und warf einen Blick in den dort angebrachten ovalen Spiegel. Gemächlich drehte er die Ausläufer seines dunklen Schnurrbarts zur Höhe und schob den Hornfingerring näher an die grauen Augen.

Die blanke Quecksilberfläche gab den runden, kurzgeschorenen Schadel wieder. An den Backen zog sich ein dünner Bart zum starken Kinn herab, den der Assessor zuspitzte. Dann warf er noch einen Blick auf den tadellosen Gehrock und das graue Beinkleid, das die kurzen Beine umschloß, und setzte seinen Bummel fort. Mehrmals zog er dabei ungeduldig den Chronometer aus der Tasche und verglich ihn mit der Bureauuhr. Nun stand er wieder an dem Schreibtisch, wo er ein blaues Actenheft mit großer Ueberschrift hervorholte. Er blätterte eine Weile darin, legte es wieder säuberlich zusammen und ging zum Fenster, wo er die Straßenummauer betrachtete und verächtlich die Achseln zuckte.

Plötzlich kehrte er wieder zum Schreibtisch zurück, ergriff die blaue Mappe und streute einige weiße Bogen in looser Unordnung auf der Platte herum. Federhalter und Bleistift warf er quer darüber.

Lächelnd nahm er wieder seine Promenade auf, wobei er bald die eine, bald die andere Schulter vorschob, als wollte er seine gedrungene Figur etwas größer machen. Als der Zeiger der Uhr dreiviertel elf Uhr wies, läutete er mit einer Tischglocke zweimal scharf nacheinander. (Fortsetzung folgt.)

Staatssekretär Dr. Nieberding vermahnt sich, dem Vorredner unläutere Motive untergelegt zu haben. Eingefälle angzuführen, sei aber deshalb nicht möglich, weil Redner von der Rechtmäßigkeit der Reform überzeugt sei.

Herr v. d. Elze (Freis. Spt.) hätte gewünscht, daß Abg. Stadthagen mit seinen Anträgen etwas vorsichtiger gewesen wäre. Diesmal sei das Recht nicht auf seiner Seite. Gebildete Häuser seien in Kiel vorhanden gewesen, nicht gesetzlich concessionirt. Redner kommt auf den Fall, den Abg. Biehahn angeregt habe. Vielleicht könne man auch hier sagen, wenn zwei dasselbe thun, sei es nicht dasselbe. (Heiterkeit.) Auf gesetzlichem Boden liege die Ernennung des Senatspräsidenten Kaiser jedenfalls. Er habe sein Staatszertifikat gemacht und sei über 53 Jahre alt. (Heiterkeit.) Er habe auch Verstand und sei geistreich, das haben aber andere auch, und sie werden doch nicht Senatspräsidenten. (Heiterkeit.) Dazu gehörte doch noch fortwährend Übung in der Gesetzesauslegung. Redner erinnert an den Geheimen Rath Wagner, der s. Z. zum Rechtsanwalt beim Ober-Tribunal ernannt worden sei nach jahrelanger Thätigkeit in der Redaction einer Zeitung. Dama's habe man die Ernennung auch peinlich empfunden. Das Publikum, das beim Reichsgericht jetzt Recht suche, wisse nur, daß dort ein Mann Recht spreche, der 16 Jahre lang nichts mit der Jurisprudenz zu thun gehabt hat. Der Fall bedürfe noch der Aufklärung.

Herr Dr. F. D. (Knis) beschließt sich gleichfalls mit der Ernennung Koyers zum Senatspräsidenten und tadelt, daß er als Jurist den Vorwurf der Doppelgängigkeit auf sich geladen habe (Präsident Frhr. v. Buol rügt diesen Ausdruck).

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, die Thätigkeit Koyers habe fortwährend wesentlich auf juristischem Gebiete gelegen. Die öffentliche Meinung werde sich hoffentlich beruhigen und die Rechtsprechung des Reichsgerichts werde nicht leiden. Der Titel wird bewilligt, bezugnehmend auf den Rest des Justizetat's ohne Debatte.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Vollversammlung des Staats und Provinzialrat's zur Urtheilssprechung.)

Vom Hafenarbeiter-Ausstand.

Aus Hamburg wird unterm 18. Januar geschrieben: Wie schon mitgeteilt, hielten die aus sieben Personen bestehende Commission der Arbeiter und die aus drei Personen bestehende Commission der Unternehmer am Sonnabend Nachmittag in der Sitzungsaal der Hamburger Handelskammer im Vorlesungsgebäude eine gemeinsame Sitzung ab, der Herr v. d. Elze als Vorsitzender der Handelskammer, Dr. v. d. Elze, bei. Zum Zweck einer möglichst schnellen Beendigung des Streiks und zur Herbeiführung eines ehrlichen und andauernden Friedens unterbreitete die Commission der Arbeiter den Unternehmern folgenden Vorschlag:

„Drei Arbeitgeber jeder in Frage kommenden Specialbranche verhandeln mit drei Arbeitnehmern derselben Branche, als da sind: die Herren Stauer mit den Schauerleuten, die Herren Ewerführerbaue mit den Ewerführern u. s. w.

Diese sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer treten nach Beendigung der Specialberatungen wieder zusammen, um sich über Erledigung der noch vorhandenen Differenzpunkte zu besprechen. Kann in dieser gemeinsamen Sitzung eine Verständigung nicht erzielt werden, dann wird weiter darüber beraten, auf welche Weise diese Fragen ihre endgiltige Erledigung finden sollen, ob durch ein eventuelles zu bildendes Schiedsgericht, und wie dasselbe zusammengesetzt sein soll. Die gefassten Beschlüsse werden dann sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern zur Abstimmung unterbreitet. Bei Zustimmung von beiden Seiten wird der Streik für beendet erklärt. Erfolgt diese jedoch nicht, so treten aufs Neue die sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, um sich über das Weitere zu beraten. Die gefassten Beschlüsse sind im genauesten Wortlaut sowohl bei den Specialberatungen zu Protokoll zu nehmen, von beiden Theilen zu unterzeichnen und ist jedem Theil eine Abschrift davon auszuhandigen.“

Der Vorschlag wurde von den Arbeitern den drei Delegirten der Unternehmer mündlich vorgetragen und in Abschrift übergeben. Da weder die eine, noch die andere Seite zu bindenden Abmachungen berechtigt war, erklärten die Unternehmer, daß sie den Vorschlag dem Arbeitgeberverbande unterbreiten und nachdem dieser einen Beschluß darüber gefaßt habe, eine neue Sitzung anberaumen würden.

Die Beratungen die über 2 1/2 Stunden währten, wurden in streng sachlichem Tone geführt. Beide Theile sind in der Ueberzeugung auseinander gegangen, daß bei gegenseitigen guten Willen eine baldige Verständigung wahrscheinlich ist. Über den Ausgang der Verhandlungen läßt sich Bestimmtes nicht voraussagen, und da beide Theile Stillschweigen über den Gang derselben gelobt haben, erübrigt es sich, weiter darauf einzugehen, bis die Verhandlungen abgeschlossen sind. Daß die Ausständigen, obwohl die Sache für sie in der That gut steht, ernstlich zum Frieden neigen, zeigt sich darin, daß sie in der heute Morgen abgehaltenen Branchen-Versammlungen sol. ende Resolution annahmen:

„Die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute erklären hierdurch ihr volles Einverständnis mit dem Seitens ihrer Vertreter den Herren Arbeitgebern gemachten Vorschlag. Sie erblicken in demselben den einzig gangbaren Weg, die Differenzen schnell zu erledigen. Vor Allem betonen dieselben, daß sie gleichwie die Arbeitgeber den Wunsch hegen, einen möglichst dauernden Frieden herbeizuführen. Durch eine Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Vereinbarungen würde derselbe aber nicht zu Stande kommen. Nur durch gegenseitige Entgegenkommen und durch die beiderseitigen Interessen berücksichtigende Abmachungen, welchen die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl ihre Zustimmung erteilt haben, kann dieser große Kampf, ohne Entwürdigung auf einer der beiden Seiten zu hinterlassen, zu Ende geführt werden.“

Nach Annahme dieser Resolution und der darin enthaltenen Gutherzigung des Vorklages der Commission der Arbeiter Seitens der Streikenden liegt es einzig und allein an den Unternehmern, daß die Specialberatungen ihren Anfang nehmen und damit der Riensreit zur Zufriedenheit aller Beteiligten endlich zum Abschluß kommt.

Morgen, Dienstag, wird die Unterhütung in gewohnter Höhe ausgezahlt. Eine Antwort der Arbeitgeber auf den Vorschlag der Arbeiter ist bisher nicht eingetroffen. Für große Volksversammlungen beschloß man sich heute Abend mit dem Ausstand.

Partei-Angelegenheiten.

Im hiesigen Reichstags-Bezirk: im Reichstags-Bezirk vertreten oder nicht vertreten ist, beschickten unsere Parteigenossen Sonntag den 10. Januar, im Vorabend bei dieser eine Vorlesung abzuhalten, um die Wahl eines Reichs-Vertrauensmannes, Aufstellung eines Candidaten für die nächste Reichstagswahl vorzunehmen. Im Uebrigen auch eine gründliche Aussprache über die Agitation herbeizuführen. Als die Genossen aus circa 10 Ortsgruppen mit einem Vertreter der Nationalen Commission, dem Genossen Weitz, zusammengetreten waren, mußten sie hören, daß der Genosse Kossmann im Vorabend, der sein Vocal zu der Konferenz hergeben wollte, vom Amtsdirektor gedroht worden sei, daß ihm die Politische Freiheit von 12 auf 10 Uhr herabgesetzt werden würde. Der Geschäftsvorstand verzögerte in Folge dessen sein Vocal. Unsere ca. 25 Genossen waren damit odacklos, denn die anderen Locale sind uns ebenfalls verschlossen. War durch die Entziehung des Vocals die Konferenz auch vereitelt, so blieb die Zusammenkunft der Genossen doch nicht ohne Frucht. Mit Sing und Sang zog man nach dem für Reichstags-entzerrten Langstrecken, wo die Genossen ein Heftig ihre Meinungen austauschten, und Alle gaben sich das Gelübde, gegenüber den Mächten, man möge uns bekämpfen, nur um so fester und treuer zur Socialdemokratie zu halten, die der Menschheit eine bessere Zukunft bringen wird.

Reichstags-Abgeordneter Felix Herbert in Stettin hat den Redacteur des Buchdrucker-Gehilfenblattes „Correspondent“ wegen Verleumdung auf Grund der §§ 185 und 186 verklagt. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Es handelt sich um böshafte Angriffe gegen Herbert, die in zwei Stettiner Correspondenzen des „Correspondent“ enthalten waren. Können wir es schon nicht verstehen, daß ein Arbeitervertreter gegen ein Arbeiterblatt einen Proceß führt — denn unter Arbeitern giebt es ausreichend Gelegenheiten, auf andere Weise zu seinem Rechte zu kommen — so ist es uns geradezu unbegreiflich, daß Herbert das genannte Arbeiterblatt statt an dessen Erscheinungsort Leipzig, in Stettin verklagt, also den am bulanten Gerichtsstand benutzt hat, den wir der neuzetteligen Jurisprudenz verdanken und gegen den gerade von unserer Partei aus Schärfe angeklagt wird.

Vermischtes.

Unsere Wiener Parteigenossen haben vom dortigen Bürgermeister Strobach die Ueberlassung des Rathhaussaales für einen Arbeiterball gefordert, da dieser Saal auch sonst zu Zwecken des Vergnügens hergegeben wird. Das berechtigte Verlangen wurde jedoch von der Bürgermeisterei zurückgewiesen. Unser Wiener Bruderorgan bringt nun ein kleines „Gedicht“, das sich mit dieser Abjage beschäftigt und welchem wir folgende köstliche Strophen entnehmen:

„Es hat nicht sollen das Rathhaus sein, Im Rathhaus tanzt nur, was superfein — Hat uns Herr Strobach verfländigt, Als seinen Zorn er gebändigt.“

Herrn Strobach, der selbst ein freier Mann — Darüber kein Zweifel beziehen kann — Kam unser Wunsch nicht gelegen, Er fand ihn unendlich verwegen.

Et, freilich! Wir waren ja nicht im Stand, Zu bieten, was üblich hierzuland, Will man im Rathhaus tanzen Inmitten exotischer Pflanzen.

Wir haben nicht Grad, nicht Bad, nicht Claque, Nicht Orben, wie Herr von Katerlat. Das ist, befehen bei Lichte, So gar nichts für Zeitungsberichte.

Nicht üppige Büsten, marmorfaß, Entblüht bei Weibern, ob jung, ob alt, Bis tief hinan an den Magen. — Darum sind wir geschlagen.“

Gerichtliches.

Von der Justiz. Das „Hamburger Echo“ veröffentlichen wieder eine Reihe von Gerichtsurtheilen gegen streikende Hafenarbeiter. Wir entnehmen der Sammlung folgende Einzelsälle:

Ein Kohlenarbeiter soll einen Streikbrecher aufgefordert haben, dem Kerl die Arbeit vor die Füße zu werfen.“ Der Amtsanwalt beantragt 5 Wochen Gefängnis, das Gericht erkennt auf 2 Monate Gefängnis! — Ein Kohlenarbeiter soll zu Streikbrechern gelagt haben (bestreht dies indes): „Wohlt j' Des bun't Water! Sünst teor man een Doggnid.“ Der Amtsanwalt beantragt 6 Wochen, das Gericht erkennt auf 4 Wochen Gefängnis, weil der Streik einen so großen Umfang angenommen hat.“ — Ein Kohlenarbeiter soll zu einem Arbeiter des Kohlenimporteurs Heidmann gesagt haben: „Du bist noch een gröttern Buttje als Harm und Conloten.“ Der Amtsanwalt beantragt 30 Mark Geldstrafe, das Gericht erkennt auf 1 Woche Gefängnis. — Ein Kesselreiner soll zwei „Arbeitswillige“ bedroht haben, ist verhaftet worden und hat 22 Tage in Untersuchungshaft gesessen. Die beiden angeblich „Bedrohten“ wissen vor Gericht über eine „Bedrohung“ nichts zu befinden, wollen auch den Schutzmann, der den Kesselreiner verhaftet hat, nichts von einer Bedrohung gesagt haben. Zum Leidwesen des Amtsanwaltes beim Schöffengericht III, Dr. von Böhl, muß das Gericht den Angeklagten freisprechen. — Ein Hafenarbeiter hat einen „Arbeitswilligen“ auf die Schulter g'klopft und gesagt: „Geh, Du Streikbrecher!“ Der Amtsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erwidert in dem Verhalten des Angeklagten eine Bedrohung und Nötigung und erkennt auf drei Wochen Gefängnis! — Ein Arbeiter hat zu zwei „Arbeitswilligen“ gesagt: „Ihr solltet Euch schämen, zu arbeiten, wo 20,000 Männer mit ihren Familien auf der Straße liegen!“ Er ist wegen Bedrohung und Nötigung angeklagt, doch sind die „Bedrohten“ nicht aufzufinden und können deshalb kein Zeugnis ablegen. Der Amtsanwalt beantragt dennoch zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt auf 14 Tage Gefängnis und bringt von der zweimonatlichen Untersuchungshaft nur eine Woche in Anrechnung. Der Verurtheilte will Berufung einlegen und beantragt Haftentlassung, da er wegen der acht Tage sich der Strafe nicht entziehen werde. Das Gericht lehnt die Haftentlassung ab! — Der Offiziant Pierre hört, wie zwei Arbeiter mit einander sprechen, vernimmt das Wort „Streikbrecher“, fragt den einen Arbeiter, ob er sich „belästigt“ fühle, und verhaftet, als die Frage bejaht wird, den anderen Arbeiter. Der „Belästigte“ ist, weil un-aussprechbar, zu der Verhandlung nicht erschienen. Das Gericht hat den Angeklagten auf die Angaben des Polizeioffizianten hin und dem Antrage des Amtsanwaltes gemäß zu drei Wochen Gefängnis zu verurtheilen! — Ein Schaueremann soll einen Gegenstand aus der Tasche genommen und denselben von einer Brücke, unter welcher ein Fahrzeug durchfuhr, in's Wasser geworfen haben. Ein Schutzmann will dies gesehen haben. Der Beschuldigte bestreitet es. Das Gericht nimmt an, daß der Angeklagte mit einem harten Gegenstand nach „Arbeitswilligen“ geworfen hat und verurtheilt ihn zu 10 Mark Geldstrafe! —

Ein homöopathischer Arzt forderte von einem Annoncenbureau für Reclamen gezahlte Beträge in Höhe von 4986 Mark zurück, weil diese Beträge über die zwischen den Parteien verabredeten Sätze hinaus berechnet seien. Die Klage ist vom Reichsgericht endgiltig abgewiesen worden, weil, wie aus der „D. Jur. Ztg.“ erhellt, die Zahlung zu unbilligem Zweck geleistet sei. Es sei kein Zweifel, daß es die Parteien auf eine Täuschung des Publikums abgesehen hatten, wenn sie die Anpreisungen der Heilerfolge des Klägers als sogenannte Reclamen in eine große Zahl kleinerer, vorzugsweise in ländlichen Kreisen verbreiteter Zeitungen einzulösen ließen. Die Täuschung lag darin, daß die Reclamen, wenn sie in den redactionellen Theil der Zeitungen aufgenommen wurden, bei den Lesern den falschen Glauben erweckten, die Heilerfolge und die sonstigen Lobspprüche über die ärztliche Thätigkeit des Klägers beruhten auf Wahrnehmungen der Redaction oder unterbelegter Deuter, während die von dem Kläger selbst herrührenden, die der Veröffentlichung bezahlte, das zur Erfüllung solchen Vertrages gezahlte und, wird zu einem unbilligen Zweck gegeben. Und auch das aus Frithum zu viel Gegebene hatte die Zweckbestimmung, den Vertrag zu erfüllen, den andern Theil für seine unbillige Handlung zu entschädigen. Das Rückforderungsrecht steht daher nur dem Fiskus zu.

Kleine Rundschau.

Hamburg, 18. Januar. In Blankenese ist ein Dampfer Maria, Polonia, Hochheimer seit. Von sieben auf dem Weg Altda d'aca feuernden Schiffen sind vier flott gemacht, zwei Dampfer und ein Dreimastsegler konnten bisher noch nicht abgedruckt werden. — Der englische Dampfer Albus, der mit einer Zuladung Hamburg verläßt, ist bei Blankenese in den Grund gebohrt worden. Das Schiff ist 10 + 14 Fuß groß. Da das Schiff quer liegt, ist die Passage für tiefergehende Schiffe versperrt.

Kampf mit Wildbienen. Wie gemeldet wird, fand in der Nacht zum Sonntag bei dem Altonaer Vorort Dth. in arden ein Kampf zwischen überaus vielen Wildbienen und einem Jäger des Jagdpächters statt. Der Jäger, der durch Kolbenhiebe schwer verletzt wurde, erlitt durch einen der Wildbienen.

Das Bittan melbet man, daß seit dem 12. d. M. aus Hainewalde verschwundene Dienstmädchen Anna Marie Gaertner bei einer Streifsuche todt aufgefunden wurde. Sie ist wahrscheinlich das Opfer eines Lustmörders geworden. Unter dem Verdachte, an der Gärtner einen Lustmord verübt zu haben, wurde der gutsherrschafliche Redierförster Horn in Hainewalde verhaftet. Horn ist verheiratet und hat zwölf theils erwachsene Kinder. Er soll bereits ähnliche Ueberfälle verübt haben.

Köln, 16. Januar. Das auf Anlaß einer den Fall Bräsewich gekündeten Rede erlassene Verbot des Gouverneurs an sämtliche Offiziere, die Sitzungen der beiden großen Carnevals-Gesellschaften zu besuchen, wurde wieder aufgehoben. Sein Gesamtvermögen von 15 Millionen Mark vermachte der in Regensburg verstorbene bayerische Kammerer Graf Ernst Doernburg der Stadt Regensburg zu wohlthätigen Zwecken.

Wie aus Bozen berichtet wird, ist durch die Selbstgegenwart des Locomotivführers ein aus Bergine kommender Personenzug einer großen Gefahr entgangen, als beim Herannahen des Zuges ein großer Felsstuck abstürzte. Der Locomotivführer ließ den Zug sofort halten, so daß nur die Locomotive beschädigt wurde.

Rom, 17. Januar. Die protestantische Kirche in der Grotte bei Sargentini ist eingestürzt, wobei mehrere Häuser unter den Trümmern begraben, doch ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen.

Paris, 18. Januar. Zwischen dem französischen Marineattaché in Berlin, Schiffslieutenant Burchard und dem Schiffslieutenant d'Agout fand gestern in Saint-Duen ein Gegenueil statt, bei welchem Burchard leicht am Vorderarm verwundet wurde.

Paris, 17. Januar. Ein Polizeikommissar beschlagnahmte gestern Abend bei der Altpflichtgesellschaft Frankreich sämtliche Bücher. Die Gesellschaft soll die Stadt Paris um fünf Millionen Franken (vier Millionen Mark) betrogen haben, indem sie mit Vorwissen der Beamten der öffentlichen Bauten altes Material beim Straßenbau verwendete.

Der Po durchbrach die Dämme zwischen Padua und Voghera. Die Wasserhöhe beträgt 535 Meter über Normalstand.

In Folge Entzündung von Naphtha brach am Sonnabend in der Schutomschen Gasfabrik in Petersburg Feuer aus. Das brennende Naphtha ergoß sich in die Fabrikräume, ergriff die Apparate, die Maschinen und das in den Räumen lagernde Material und entzündete die Kleider dreier Arbeiter; von letzteren erlitt einer schwere, die beiden anderen leichtere Brandwunden.

Eisenbahnzusammenstoß. Durch eine Unvorsichtigkeit von Beamten stießen bei Zefarino zwei Güterzüge zusammen. Die Waggons wurden sämtlich beschädigt. Mehrere Passagiere und das Zugpersonal trugen schwere Verletzungen davon.

Ein verheerendes Feuer brach in der Nacht zum Sonntag in Glasgow in den Lagerräumen von Currie u. Co. aus, welche unter Anzeig: 2000 Barrels Naphtha enthielten. Die Flammen ergriffen auch mehrere Nachbargebäude, welche sämtlich zerstört wurden.

Port Louis, 18. Januar. Das indische Truppen-Transportschiff „Warren Hastings“ erlitt am 13. d. M. an der Küste von Reunion vollständigen Schiffbruch. Die Truppen, welche sich auf dem „Warren Hastings“ befanden, wurden gerettet und sind heute an Bord des Schiffes „Calpoora“ hier eingetroffen.

Sombay, 18. Januar. Nach dem amtlichen Ausweise sind bis gestern 3636 Erkrankungen an der Pest und 2592 Todesfälle vorgekommen. Die Lage hat sich verschlimmert. Die Auswanderung dauert fort.

Locale Rundschau.

Breslau, den 19. Januar 1897. * Heilstättenvereine für Lungenkranke.

Wenn die heutige Gesellschaft sich die Aufgabe stellen würde, von den vielen Hebeln, welche die capitalistische Produktionsweise im Gefolge hat, auch nur ein einziges gründlich zu befeitigen, dann bliebe ihr immer noch hinreichende Gelegenheit zur Führung des Nachweises, daß sie selbst dieses beschriebene Ziel nicht zu erreichen vermag. Aber die herrschende Gesellschaft ist bekanntlich nichts weniger als bescheiden; im Gegentheil, auch auf dem Gebiete der Wohlthätigkeit spielt sie mit großem Behagen den „Hans Dampf in allen Gassen“. Welche Ansumme von Vereinen hat man nicht bloß gegründet zu dem Zweck, dem aus allen Ecken grinsenden Elend zu steuern. „Verein gegen Verarmung und Bettelei“ zur Genüge beweist. Wer aber zu viel anfängt, der kann begreiflicher Weise gar nichts zu Ende führen.

Im Regierungsbezirk Oppeln besteht ein Heilstättenverein für Lungenkranke. Derselbe betreibt jetzt eine sehr rege Agitation, behufs Gründung von Zweigvereinen. Nun hat es aber mit der Heilung der Lungenkrankheit sein Bewenden. Der Unbemittelte, welcher davon betroffen wird, und leider ist die Zahl derselben erschreckend groß, kann in den seltensten Fällen auf Genesung rechnen, denn, wenn er auch wirklich soweit hergestellt würde, daß er als geheilt betrachtet werden könnte, was nützte ihm das? Er müßte ja doch wieder zu seinem Berufe zurückkehren, auf dessen mörderischen Einfluß in den meisten Fällen die ursprüngliche Erkrankung zurückzuführen ist.

Wer es also aufrichtig mit den Opfern der Lungenkrankheit meint, der muß vor allem Anderen für eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung eintreten, wodurch der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter ein gebieterisches Halt entgegenzusetzen wird. Alle sonstigen Vorschläge mögen ja manchmal ganz gut gemeint sein, einen Werth haben sie leider nicht; abgesehen davon, daß für die große Zahl der Kranken, auf diesem Wege nicht gefolgt werden kann. Dazu würden Millionen nöthig sein die bei dem heutigen Wirtschaftswesen auf keinen Fall aufgebracht werden können. Die Anregung zur Gründung von Heilstättenvereinen für Lungenkranke mag von den hochherzigsten Motiven ausgehen, vom socialen Gesichtspunkte aus betrachtet erscheinen dieselben nur als ein Flühen an dem Mäntelchen christlicher Nächstenliebe zur Drangirung der heutigen Gesellschaft.

* Zum Sittmord. Ueber den Tod der an Vergiftung gestorbenen Alma Viebig wird der „Sächs. Ztg.“ aus Böhmen berichtet: Vor vier Jahren hatte der Fabrikbesitzer Paul Rodsch aus

